

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

\* Der Reichskanzler Fürst von Bismarck ist mit seiner Gemahlin zum Kurgebirg in Nordbayern eingetroffen.

\* Die monatlichen Kriegsausgaben für Südwestafrika belaufen sich auf 12 Millionen, während im Etat nur 6 1/2 Millionen bewilligt wurden.

\* Die zweite badische Kammer beriet den Antrag, nach dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat gegen die Fahrkartensteuer zu stimmen und dahin zu wirken, daß diese Steuer nicht Gesetzeskraft erlange. Der Antrag wurde mit allen gegen 17 Stimmen abgelehnt.

\* Die württembergische Kammer der Standesherren beschloß bei Beratung der Verfassungsrevision bezüglich der Budgetrechtsfrage, entgegen der Auffassung des anderen Hauses, einstimmig die Gleichberechtigung beider Kammern bei der Annahme von Anträgen und bei Kommerzialverhandlungen, sowie hinsichtlich der Abänderung der gesetzlich festgelegten Steuerhöhe. Die Regierung erklärte sich zur Vermittelung zwischen beiden Kammern bereit.

## Österreich-Ungarn.

\* Beim Schluß der Reichsratsitzung richtete Schönerer die Anfrage an den Ministerpräsidenten, ob die Verhinderung auf Wahrheit beruhe, daß der Träger der Krone in seiner Eigenschaft als König von Ungarn am Tage der Thronrede nicht den Mut gefunden habe, auf seiner Budapest Burg die schwarz-gelbe Fahne zu hissen. „Es bejammert uns“, sagte der Fragesteller dabei, „daß der Monarch freiwillig oder gezwungen auf die bisher in beiden Staatsgebieten öffentlich verwendete kaiserliche und königliche Standard verzichtete. Es liegt in diesem Verhalten ein unwürdiges, schwachvolles Zurückweichen, wogegen Stellung zu nehmen der österreichische Ministerpräsident verpflichtet ist.“ Der Präsident verwies Schönerer das ungebührliche und geschäftsbrechende Vorgehen und erteilte ihm einen Ordnungsruf; die Anfrage ließ er im übrigen unbeantwortet. (So sehr man auch die Form, in der die Anfrage gestellt war, beurteilen mag, so muß man doch ihre tatsächliche Berechtigung anerkennen. Die Angelegenheit dürfte mit der Antwortverweigerung des Ministerpräsidenten noch nicht erledigt sein.)

## Frankreich.

\* Eine Division des italienischen Mittelmeergebietes waders, geführt vom Herzog von Genua, der den Panzer „Gepanto“ als Flaggschiff wählte, wird während der bevorstehenden Anwesenheit des Präsidenten Fallières in Toulon den Präsidenten daselbst begrüßen.

\* Der zum Inspektor der französisch-spanischen Polizei in Marokko auferlegte Schweizer Major des Ruhestandes de Boccard, gegenwärtig Polizeichef des Kantons Freiburg, wird sich demnächst auf seinen neuen Posten begeben. Boccard wird vorher von seiner Regierung den Obersten-Rang erhalten.

## Italien.

\* Der Weltpostkongress in Rom ist nach Beratung einiger wichtiger Neuerungen im Weltpostverkehr geschlossen worden. Der nächste Kongress soll in Madrid stattfinden.

\* Die Hungerrevolten in Sarbinien nehmen einen erschreckenden Umfang an. Die Bevölkerung von Sonnessa, größtenteils in den Wei- und Silberminen des Reiches tätig, wurde zu Streik- und Gewalttaten durch die maßlose Verteuerung der Lebensmittel getrieben. Unter den Aufreuer: „Nieder mit den Ausbeutern!“ warf sich eine johlende Menge in die Kramläden des Städtchens und vernichtete alles, was nicht nützlich und nagefest war; als Carabinieri einschritten, wandte man sich gegen diese. Bei dem Handgemein wurden sieben Personen getötet und

über 40 schwer verwundet. (Durch ähnliche Straßenkämpfe wurde der Sturz des Ministeriums Sonnino herbeigeführt, da 27 Abgeordnete ihre Mandate niederlegten wegen der ablehnen der Haltung der Kammermehrheit gegenüber den Forderungen im südlichen Italien. Verühmend wurden diese Aufstände im Augenblick der politischen Wirren gerade nicht).

## Schweden.

\* Beide Häuser des Parlaments haben dem deutsch-schwedischen Handelsverträge mit großen Mehrheiten zugestimmt.

## Norwegen.

\* Gerichtlich verurteilt, König Haakon habe verschiedene Stortingmitglieder



Reichstagabg. Graf Reberstein  
starb am 22. d. im Krankenhaus zu Wiesbaden.

befragt, was die Volksvertreter tun würden, wenn Mitglieder des russischen Kaiserhauses zur Ordnung nach Norwegen kämen.

## Rußland.

\* Der Präsident des russischen Ministerrats, Goremykin, legte dem Zaren das Regierungsprogramm zur Bestätigung vor, welches er in der Reichsduma als Antwort auf die Adresse derselben entwickelt wird.

\* Seitdem der Gedanke der Einberufung einer Volksvertretung in Rußland laut geworden, hat es nicht an konservativen Stimmen gefehlt, die eifrig gegen diese Neuerung, die geeignet wäre, die Selbstherrlichkeit des Zaren und den Bestand der alten russischen Rechtsordnung zu gefährden, protestieren. Nach der Antwortadresse der Duma, die in Umfang zu nehmen der Zar bisher unterließ, hat sich die Abneigung gegen die radikalen russischen Volksvertreter, besonders bei den Gardeoffizieren, zu offenem Haß gesteigert. In den letzten Tagen veranstalteten die Offiziere der vier in Petersburg garnisonierten Garde-Regimenter häufige Versammlungen, in denen die Tätigkeit der Duma als reichsfeindlich gebrandmarkt und der Plan ausgearbeitet wurde, die Duma zu vernichten und die Diktatur Trepow durchzuführen. Daß solche Nachrichten auf die berufenen Volksvertreter sehr verstimmend wirken, ist erklärlich.

\* Dem Admiral Roschdestwensky ist mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit der erbetene Abschied bewilligt worden.

## Balkanstaaten.

\* Ein allgemeiner Albaner-Aufstand scheint unmittelbar bevorzustehen. Die Albaner erstreben nicht die Unabhängigkeit von der Türkei, sondern nur die Anerkennung ihrer Nationalität und ihrer Sprache. Ferner wollen sie, daß die albanesischen Provinzen nur durch albanesische Beamte verwaltet werden. Als Tag des Aufstandes wird der 29. d. bezeichnet. Infolge dieser brennendsten Nachrichten wird das dritte türkische Armeekorps mobil gemacht. — In der Gegend von Saloniki finden übrigens fast täglich blutige Zusammenstöße statt, ohne daß es gelingt, die Räubersführer festzunehmen; insbesondere jähren

Bulgaren und Griechen verzweifelnde Kämpfe.

## Japan.

\* Das japanische Oberhaus forderte die Regierung auf, energische Maßnahmen zu treffen, um Rußland zur Innehaltung der Portsmouth-Friedensbestimmungen, insbesondere die Räumung der Mandchurien betreffend, zu zwingen.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag genehmigte am Mittwoch in dritter Lesung ohne Debatte die beiden Militärpensionsgesetze, während das Schutztruppengesetz von der Regierung zurückgezogen wurde. Darauf begann die dritte Lesung des Staats. Abg. Pastermann (nat.-lib.) brachte dabei die auswärtige Politik, namentlich das Verhältnis zu Italien und das Telegramm des Kaisers an den Grafen Solowjow zur Sprache. Abg. Graf Lindburg-Straum (kons.) kritisierte verschiedene Maßnahmen der Regierung und empfahl die größte Sparsamkeit. Staatssekretär des Auswärtigen v. Tschirsky verteidigte das Recht des Kaisers zum Abschicken von Telegrammen, bestritt, daß das Telegramm an den Grafen Solowjow eine Demonstration gegen Italien oder England beziehe, verhärtete, daß der Dreieund unerklärter dastünde, daß auch Verhandlungen zwischen Rußland und England zum Schaden Deutschlands nicht im Gange seien und daß die Vermittlung zwischen England und Deutschland im Schwinden begriffen sei; die deutsche Regierung unterstütze die Bemühungen um die Herstellung besserer Beziehungen zwischen England und Deutschland auf das nächste und halte an ihrer Friedenspolitik unerschütterlich fest. Abg. Webel (soz.) griff die auswärtige Politik, die Finanzreform, die Rechtsreform, das Vorgehen der Weitausstellungen und die Ausweisung von Rußen an, bezüglich deren er seine Angaben über das Vorgehen des Polizeikommissars Schöne gegen einen russischen Kaufmann aufrecht erhielt. Staatssekretär Graf Pasadowsky erklärte nochmals, daß die Ausweisung Sache der Einzelkammern sei. In der Einzelberatung empfahl der Abg. Gieseler (zent.) eine Resolution zugunsten besserer Sicherheitsregeln für die Bergleute, bezüglich deren Graf Pasadowsky für die Zeit der Wiedereröffnung der parlamentarischen Arbeiten Entgegenkommen in Aussicht stellte.

Am 25. d. wird nach Erledigung einiger Rechnungssachen die dritte Lesung des Etats beim Etat des Reichsamtes des Innern, Kapitel Reichsversicherungsamt, mit dem dazu gehörigen Resolutionen der Sozialdemokraten und des Zentrums betr. Reform der Unfallversicherungsdarstellungen in der Verwertung fortgesetzt.

Abg. Perts (soz.) polemisiert gegen die Behauptung des Reichskanzlers und der Freien Deutschen Presse, daß die Sozialdemokratie die Krankenkassen zu Vereinfachungen ansetze.

Abg. Horn-Geslar (nat.-lib.) wünscht kühnere Behandlung der Bergbauverhältnisse.

Abg. v. Malgou (kons.) weist auf den Rückgang der Fleischpreise hin. Die Fleischsteuerung sei eine vorübergehende Erscheinung gewesen. Auffällig sei, daß die Schächter trotz des Sinkens der Fleischpreise nicht mit den Fleischpreisen herabgehen.

Abg. v. Gerlach (fr. Agg.): Eine Wirkung des neuen Posttarifs kann selbstverständlich jetzt noch nicht bespät werden, sondern erst, nachdem einige Monate ins Land gegangen sind.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) führt aus, die Landwirtschaft vertiere das Brot und besaube die Bäcker.

Eingegangen ist ein Antrag Müller-Sagan, in den Hauptetat 100 000 Mk. zur Unterhaltung der Epphillsforschung einzusetzen und die im Nachtragsetat geforderte gleiche Summe zu freieren.

Abg. Rogalla v. Dieberstein (kons.) bezieht die Wohnungs- und Baubehörden in Ostpreußen.

Abg. Böttger (nat.-lib.) wünscht Ausbau des gewerblichen Rechtschutzes und Aufbesserung der Besätze der Hilfsarbeiter im Patentamt.

Abg. Bernstein (soz.): Die deutsche Arbeiterschaft ist durch die Breslauer Krawalle aufs heftigste erregt. Redner verteidigt sich eingehend über die Verhältnisse, die zu den Krawallen geführt haben. An den ganzen Krawallen sei die Polizei schuld, ihr Vorgehen sei, auch nach den Angaben der bürgerlichen Zeitungen, unentschuldig und rigoros gewesen. Polizeipausen und Offiziere hätten mit Revolvern geschossen. — Redner legt eine plattgedruckte Flugel auf den Tisch des Hauses. Die Polizei sei mit geradezu wahnwitziger Verfeinertheit vorgegangen, selbst ungläubigen, unbeteiligten Leuten gegenüber. Einen solchen Mann hat die Polizei bis auf die oberste Treppe seines Hauses verfolgt und ihn durch Abschlagen einer Hand zeitweilig zum Krüppel gemacht. Diese Tat sei noch nicht gesühnt. Als Redner den Polizei-Präsidenten von Breslau

einen Banditen nennt, wird er zur Ordnung gerufen. Auf seine Bemerkung, daß die Schlichte in Breslauer Polizei darin bestünde, die Schuldigen zu bestrafen, erfolgt ein zweiter Ordnungsruf. Nach achtzig Leuten habe man in Krawalle geübt, aber gegen die wahrhaft Schuldigen gehe man nicht vor, und eine so blutige Tat, wie das Abschlagen der Hand, bleibe ungesühnt. Ich protestiere hier im Namen der deutschen Arbeiterschaft gegen solche Gewalttaten.

Staatssekretär Graf Pasadowsky: Die Polizei ist Angelegenheit der Einzelkammern. Für die preussische Polizei ist die russische Regierung verantwortlich. Es ist für mich persönlich unmöglich und geschäftlich unzulässig, hier die Russen auszuweisen und die Breslauer Krawalle Rede und Antwort zu geben. Wenn der preussische Minister des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus den Sachverhalt darstellt, so werden die weiteren Schritte des deutschen Volkes ein ganz anderes Bild von der Sache bekommen. Eine Resolution, daß bei solchen Krawallen wie den Breslauer die Unschuldigen mit den Schuldigen leben, ist nicht nur für die Unschuldigen, weil die Schuldigen sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Aber die öffentliche Ordnung muß vor allem aufrecht erhalten werden. Auch die Polizeibeamten sind Menschen, deren Nerven bei ständiger Neigung schließlich versagen.

Abg. Radek (zent.) wünscht Unterdrückung des deutschen Reichstagsvereins.

Abg. v. Odenburg (kons.): Angefaßt der Tatsache, daß Polizeipräsidenten hier Banditen genannt, daß General v. Tschirsky als Meuterei bestraft und General v. Roon, der durch den höchsten Orden geehrt wurde, hier noch viele Jahre nach seinem Tode beschimpft wurde, ist es mir besonders, daß ich in einem sozialdemokratischen Blatte der „Blätter für die Sozialdemokratie“ genannt bin. Es ist mir der parlamentarische Ausdruck, um die Beobachtung auszuwirken, die ich für Sie (zu den Sozialdemokraten) seit einiger Zeit gewisse Bundesstaaten, Ihre Verfassung auf radikaler Basis umzugestalten und zwar ohne sich mit dem Bundesrat in Verbindung zu setzen. Das verstoßt gegen die Bestimmungen, auf denen das Deutsche Reich gegündet ist. Bei solchen Andeutungen geht es um Papier und Krone. Freilich sind die Äußerungen des bayerischen Kronprinzen nicht tragisch zu nehmen; er ist verantwortlich, wenn er regiert. Redner schließt mit einer Anrede: Ein Brief bespricht, wenn er erst regieren würde, so würde das ganz radikal sein. Ein erfahrener Offizier erwiderte ihm: Dann lassen Sie sich eine Schuppenlatte an Ihre Krone machen, damit Sie keinen vom Kopfe fällt.

Bayerischer General Graf v. Derfeld-Roeder: Der Redner hat sich über alles mögliche und unmögliche verbreitet. Zu dem Möglichen gehört, daß sich die Einzelkammern bei Änderung ihrer Verfassung die Erlaubnis der Bundesversammlung einholen. Redner würde das ganz entschieden ablehnen. Die Regierungen stehen auf dem Boden der Reichsverfassung und lassen sie von niemand Vorgriffen machen.

Abg. v. Winkler (nat.-lib.) spricht sich gegen die sozialdemokratische Resolution betr. Unfallversicherung im Bergwerksbetriebe aus, beantragt allgemeine Bestimmungen wählten nur die Verantwortung auf die unteren Stellen, wie Hüter usw. Dagegen stimmen wir der Resolution des Zentrums zu.

Abg. Sacke (soz.) bemängelt das Fehlen von Rettungs- und Feuerlöschapparaten in den Gewerken. Die Schuld an dem letzten preussischen Bergarbeitergesetz trägt das Zentrum, denn wäre das Zentrum fest gebildet, so hätte der Bundesrat nicht unzulässig genehmigt, die Sache reichsrechtlich zu regeln.

Abg. Derfeld (soz.): Staatssekretär Graf Pasadowsky hätte die Pflicht gehabt, sich die nötigen Einzelheiten über die Vorgänge in Breslau zu verschaffen, um hier Auskunft geben zu können. Redner bespricht dann die Seemannsordnung, deren Verbesserung dringend nötig sei.

Abg. Erzberger (zent.): Redner will die Odenburg machen Redner in Süddeutschland nicht beliebt. Redner polemisiert weiter gegen die Sozialdemokraten und klagt über ungleiche Vergütung der Gelder der Versicherungsanstalten, evangelische Stiftungen würden bevorzugt.

Abg. Wallau (nat.-lib.) bespricht bessere Befestigung des Wetternachrichtendienstes unter Berücksichtigung von Frankfurt a. M.

Abg. Bernstein (soz.): Die Angelegenheit der Breslauer Krawalle ist durchaus nicht eine rein preussische Angelegenheit, sondern interessiert das ganze Reich.

Nach weiteren Bemerkungen mehrerer Abgeordneter wird die Diskussion geschlossen und der Etat des Reichsamtes des Innern genehmigt.

Präsident Graf v. Helldorf teilt mit, daß das Gesetz betr. Reichstagsabstimmungen am 26. d. in Kraft tritt.

Darauf verlegt sich das Haus.

## Die Wage der Gerechtigkeit.

5) Roman von Maximilian Weyl.  
(Fortsetzung.)

Gärtnerbüschen trugen hohe Topfpflanzen in den Salon, aus dem der Teppich und alle Möbel entfernt waren. Theaterdekorationen, teils zusammengestellt, teils in aufgespannten kleinen Verfassungen, schwankten, von Zimmerleuten getragen, gleichfalls in die erste Etage. Vermutlich wurde für die am heutigen Volterabend zu gewärtigenden Auführungen eine Bühne aufgeschlagen.

Als Arnold, vom Haus nur nach oben zurückkehrend, wieder an der Entree vorüberkam, sah er Benjamin im Salon stehen, damit beschäftigt, den Leuten Anweisungen zu geben. Er tief ihn an.

„Ich hatte soeben beabsichtigt, hinaufzukommen! — Können Sie mir noch zehn Minuten?“

„Entlich — es war noch eine halbe Stunde vergangen — trat Benjamin trocken bei Arnold ein. Sein Antlitz war verdrückt. Er sprach in hastigen, abgerissenen Sätzen.

Benjamin war seine Schwester wie aus dem Gesicht geschnitten. Er ähnelte ihr auch in Haarfarbe und Teint. Sogar etwas in seinem Tonfall erinnerte an Stephanies Redeweise. Der Grimm, der den Ingenieur gegen Benjamin erfüllt hatte, ließ nach, während er sich so in die Einzelheiten der Ähnlichkeit mit Stephanie vertiefte und das Bild der Geliebten vor seinem Auge wieder auftauchte.

„Sie wissen“, nahm Arnold endlich das Wort,

„worüber ich Rechenschaft von Ihnen verlange. Wie kamen Sie dazu, Bongians Namen für Ihre Transaktionen zu gebrauchen? Was ist das für ein Schwindel, den Sie da angerichtet haben?“

Es bligte trotz im Antlitz des jungen Mannes auf — doch nach kurzer Überlegung sagte er sich in die Rolle des Beschuldigten.

Von Anfang an war ich durchaus im Recht, meinen Verwandten gegenüber von Beziehungen zu sprechen, die ich zur „Bongiana“ unterhalte. Es war im vorigen Herbst — noch vor dem Tode meiner Mutter. Die Geschäfte hier auf dem Patentbureau gingen von Tag zu Tag schlechter. . . In jener für mich recht schwierigen Epoche hörte ich von der Gründung der Bremerer Schiffgesellschaft. In einer technischen Zeitschrift las ich auch das Ausschreiben mehrerer in mein Fach schlagenden Stellen. Ich reiste nach Genua — Signor Bongiani befand sich damals jedoch leider in Bombay, und so fielen die Erledigung des Engagements.“

„Als Sie sich später wieder dahin wandten, müssen Sie aber doch erfahren haben, daß Sie sich keine weiteren Hoffnungen machen durften, da die Stellen schon sämtlich besetzt waren?“

Benjamin bläute, der sich am Fenster aufgestellt hatte, durch das er von Zeit zu Zeit einen schätigen Blick auf die Straße warf, zurück die Achsel. „Damals konnte ich nicht mehr zurück. Ich hatte mich — im Umherstreifen nach einem rettenden Ausweg aus meiner Notlage — auf eine jährliche Sache

einlassen müssen, die gleichfalls sehr unglücklich für mich zu verlaufen drohte. Und um diesen neuen, besonders glänzenden Verbindlichkeiten nachkommen können, nahm ich meine Zukunft zu einer Notlage. Ich berichtete meiner Schwester über eine Verbindung zwischen mir und der „Bongiana“. Die Sache kam Franz Kalmoda zu Ohren, und aus freien Stücken fragte er mich, ob er mir irgendwie dienen könne. Da vermaßte ich der Versicherung nicht zu widerstehen; ich trug ihm vor, man wolle mich als Teilhaber in die Gesellschaft aufnehmen, wenn ich Mittel genug mitbrächte. . . Nun, was soll ich die leibliche Sache erst weisheitsreich erzählen? Kalmoda erkundigte sich unter der Hand nach den Verhältnissen Bongians, erhielt eine glänzende Auskunft und giperte nun seinen Augenblick, mich in den Stand zu setzen, mein Glück zu machen, wie er es nannte.“

Arnold war es widerlich, in ein solches Lügengewebe einen Einblick nehmen zu müssen.

„Ich verlange, daß Sie noch vor der Hochzeit Ihrer Schwester Herrn Kalmoda ein offenes Geständnis ablegen.“

Der junge Bläute maß ihn mit einem langen Blick. „Das ist — unmöglich!“ rief er aus.

„Benjamin“, begann Arnold in veränderter Tone, der merklich zitterte, „Sie sollen als Trauzunge fungieren bei dem wichtigen Akt, der sich noch heute abspielen soll, nicht wahr, das schreiben Sie mir doch? Und Sie erdienen nicht in dem Gedanken, Ihrer Schwester

Hand einem Mann geben zu sehen, den Sie betrogen haben?“

Der junge Mann wich einen Schritt zurück. Er rangte voll innerer Unruhe an den Lippen und machte insgeheim Häufchen.

„Es ist unedel — jawohl, unedel von Ihnen, mit einem irdischen Streich in einer solchen Weise anzulegen. Ich bin das Opfer der Verhältnisse geworden. Kalmoda hatte sich so rührender Weise meiner angenommen — auch gleich damals nach dem Tode meiner Mutter, daß ich ihn durch mein Geständnis nicht trüben wollte. Die Rücksicht auf ihn und die Rücksicht auf meine Schwester waren es, die mich vorantrieben.“

Arnold schüttelte den Kopf. „Und diese Rücksicht, glauben Sie, hört später auf?“

„Wenn Sie verheiratet sind, ja. Früher aber hätte das Eingeständnis der wahren Ursache meiner Geldbedürftigkeit dieselben ein Hindernis für Ihre Ehe abzuheben werden können — und da mir selber Glück am Herzen lag, schweig ich.“

Arnolds innere Erregung wuchs von Sekunde zu Sekunde. „Ein Hindernis für Ihre Ehe überhaupt?“ wiederholte er.

„Ich kann mich Ihnen gegenüber nicht näher darüber aussprechen!“ erwiderte Benjamin, schlicht und geradlinig. „Dessen Sie sich gehen — es ist besser so — ich habe meine Pflichten gegen Sie und Bongiani ausreichend genügt.“

„Sie verlassen dieses Zimmer nicht eher, als bis ich alles weiß!“ rief Arnold lebhaft, indem er ihm den Weg vertrat.